

11. November 1993: Klöckner wird verstaatlicht

27

SPD

Im November 1992 stand die Bremer Klöckner-Stahlhütte vor dem Konkurs. Als dann der damalige Eigentümer, die Klöckner Werke AG, 1992 Insolvenz anmeldete, konnte die Hütte nur durch den engagierten Kampf eines breiten Bündnisses aus Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft, dem Bremer Vorstand des Unternehmens und der Politik gerettet werden. Der rot-grün-gelbe Senat



Proteste für den Erhalt des Bremer Stahlwerks.

unter Führung von Bürgermeister Klaus Wedemeier setzte gegen den Widerstand der deutschen Stahlbarone, die durch die Schließung der Hütte Überkapazitäten beseitigen wollten und letztlich auch mit Unterstützung der Bremer CDU, die anfänglich noch gegen einen »VEB Stahl« polemisiert hatte, das sogenannte »Bremer Interessentenmodell« durch. Dieses beinhaltete, dass die Klöckner-Werke den eigenen Anteil an der Hütte auf ein Drittel reduzierten, ein weiteres Drittel von der staatlichen

Hanseatischen Industrie-Beteiligungen GmbH (HIBEG) gehalten wurde und – aus beihilferechtlichen Gründen – der Bremer Vulkan, die Hegemann-Gruppe und die Stadtwerke zusammen das restliche Drittel der Anteile an der Hütte übernahmen.

Faktisch lief dies auf eine vorübergehende Verstaatlichung der Hütte heraus, denn das finanzielle Risiko lag am Ende bei der Freien Hansestadt Bremen. Durch diesen Schritt wurden tausende von Arbeitsplätzen gerettet und der Stahlstandort Bremen wurde gesichert. In den Folgejahren reduzierte das Land sein Engagement schrittweise zu Gunsten privater Investoren, die letzten 30 Prozent Anteile wurden 2004 an ArcelorMittal verkauft.

Zum Glück befindet sich die Hütte derzeit in einer Verfassung, die Maßnahmen wie Anfang der 90er Jahre nicht erforderlich macht. Die Geschichte allerdings zeigt: Wo der Markt versagt, kann ein Eingreifen des Staates im Interesse der Menschen notwendig werden.